

Zur Wirtschaftslage	
Westliche Industrieländer: Gespaltener Konjunkturverlauf	453
Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der Erholung	459

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/83

Berlin

15. September 1983

50. Jahrgang

Stigler

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Gespaltener Konjunkturverlauf

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig dadurch geprägt, daß sich in den USA die konjunkturelle Aufwärtsbewegung erheblich beschleunigt hat, während in den anderen Industrieländern die Wirtschaftstätigkeit nur mäßig expandiert oder sogar rückläufig ist. Betrachtet man den wirtschaftspolitischen Kurs, der in den einzelnen Ländern verfolgt wird, so setzt diese differenzierte Entwicklung keineswegs in Erstaunen. In den USA ist seit Ende letzten Jahres sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik ausgesprochen expansiv ausgerichtet; in den meisten anderen Volkswirtschaften wirkt nur die Geldpolitik anregend, während in der Finanzpolitik meist die Bemühungen um Haushaltskonsolidierung im Vordergrund stehen und vor allem Zurückhaltung bei den Staatsausgaben geübt wird. Sind die von beiden Politikbereichen ausgehenden Wirkungen nicht gleich- sondern gegeneinander gerichtet, so können sie sich aufheben, und eine Wirtschaftsbelebung kommt nicht zustande. Das zeigt auch die Entwicklung in den USA während des vergangenen Jahres deutlich. Steuersenkungen regten die Wirtschaft nicht an, da sie von einer restriktiven Geldpolitik begleitet waren. Erst als die Geldpolitik ihren Kurs änderte und beträchtlich expansiv wurde, setzte in den USA eine Konjunkturbelebung ein. In den übrigen Ländern hat dagegen die Geldpolitik wegen der restriktiven Finanzpolitik nicht den erwarteten Effekt.

Damit zeigt sich immer mehr, daß der Versuch, schon zu Beginn einer Konjunkturerholung staatliche Haushaltsdefizite abzubauen, den Erholungsprozeß gefährdet. Die Hoffnung, daß durch diesen Versuch Vertrauen geschaffen wird und insbesondere die Unternehmererwartungen günstig beeinflusst werden, ist

trügerisch angesichts des Nachfrageentzugs, der mit der Konsolidierungspolitik einhergeht.

Auch die Annahme, daß von einem Abbau des Staatsdefizits stärkere Zinssenkungen ausgehen werden, die dann investitionsanregend wirken, beruht eher auf unbewiesenen, wenn auch in der Öffentlichkeit dominierenden Vorstellungen über die Bestimmungsgründe der Zinshöhe. Viel entscheidender sind der geldpolitische Kurs der Notenbanken und die hohen dubiosen Forderungen gegenüber überschuldeten Entwicklungs- und Staatshandelsländern, die die Banken dazu veranlassen, die Zinsen relativ hoch zu halten.

Die Erwartungen, die in eine einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik gesetzt werden, sind somit offensichtlich überzogen. Ist die Politik nicht zugleich nachfrageorientiert, so fehlen die Voraussetzungen für einen stärkeren Wirtschaftsaufschwung. Das Vertrauen darauf, daß die privaten Unternehmen genügend Angebot und Nachfrage zugleich schaffen, wenn sich der Staat zurückhält und sogar wichtige Zukunftsaufgaben aus Furcht vor Haushaltsdefiziten nicht in Angriff nimmt, wird durch die gegenwärtige Entwicklung in Westeuropa nicht gerechtfertigt.

Obwohl die Wirtschaftspolitik in den USA meist ebenfalls als angebotsorientiert bezeichnet wird, wirkt dort doch sowohl die Finanz- als auch die Geldpolitik — sie ließ eine beträchtlich über den anvisierten Zielkorridor hinausgehende Geldmengenausweitung zu — in erster Linie nachfrageanregend. Im zweiten Quartal dieses Jahres beschleunigte sich deshalb das Sozialproduktswachstum in einem von nur weni-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1981 IN VM		VERAENDERUNG IN VM GEGENUEBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1981			1982			1983		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9.6		-0.4	3.9	4.2	-1.2	3.6	4.8	1	4.5	3.5
FRANKREICH	8.0	19.2	0.2	12.2	12.0	1.7	14.5	12.6	-0.5	9.5	10
GROSSBRITANNIEN	7.1	9.7	-1.4	10.1	11.6	1.1	9.1	7.9	2	7	5
ITALIEN	5.0	11.5	0.1	18.5	18.3	-0.4	17.1	17.5	-0.5	15	15.5
NIEDERLANDE	2.0	12.5	-1.2	4.4	5.6	-1.5	4.4	6.0	0	2	2
BELGIEN	1.4	10.7	-1.9	3.4	5.4	0.0	7.5	7.5	0	7	7
DAENEMARK	0.8	2.8	-0.3	9.3	9.6	3.0	13.1	9.8	1	9.5	8.5
IRLAND	0.2	0.6	1.1	19.0	17.7	1.5	19.0	17.2	0	11	11
EG	34.1		-0.5	9.5	10.0	0.2	9.8	9.5	0.5	8	7.5
EG OHNE BRD	24.5		-0.5	11.7	12.2	0.8	12.2	11.4	0.5	9	9
EG OHNE BRD ³⁾		67.0	-0.7	10.1	10.7	0.4	11.1	10.6	0	8.5	8
SCHWEDEN	1.6	3.8	-0.7	9.0	9.8	-0.1	9.0	9.1	1.5	11	9.5
SCHWEIZ	1.4	7.6	2.8	9.7	6.7	-2.0	5.0	7.1	-0.5	4	4.5
OESTERREICH	0.9	7.4	-0.2	6.2	6.4	1.1	7.8	6.6	1	5	4
NORWEGEN	0.8	1.8	0.3	15.3	14.9	-0.6	10.4	11.0	0.5	8.5	8
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	38.8		-0.4	9.5	9.9	0.1	9.6	9.4	0.5	8	7
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	29.2		-0.3	11.4	11.7	0.6	11.5	10.9	0.5	9	8.5
EUROPAEISCHE ³⁾ INDUSTRIELAENDER O.BRD		87.6	-0.3	9.8	10.1	0.2	10.2	9.9	0	8	7.5
USA	41.4	9.6	2.6	12.3	9.4	-1.9	4.0	6.0	3	6.5	3.5
KANADA	3.9	1.0	4.3	16.2	11.4	-4.4	5.2	10.1	2	8.5	6.5
JAPAN	15.9	1.8	3.8	6.5	2.6	3.0	5.1	2.0	3	5	2
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	61.2		3.0	11.0	7.8	-0.8	4.4	5.2	3	6.5	3.5
AUSSEREUROP. ³⁾ INDUSTRIELAENDER		12.4	2.9	11.8	8.6	-1.4	4.3	5.7	3	6.5	3.5
INSGESAMT	100.0		1.7	10.5	8.6	-0.4	6.4	6.8	2	7	5
INSGESAMT OHNE BRD	90.4		1.9	11.2	9.0	-0.3	6.7	7.0	2	7	5
INSGESAMT OHNE BRD ³⁾		100.0	0.1	10.0	9.9	0.0	9.5	9.4	0.5	7.5	7

1) AUF DOLLARBASIS. - 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR. - 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

gen vorausgesehenen Ausmaß. So stieg der private Verbrauch in Erwartung der dritten Einkommensteuersenkung zur Jahresmitte und als Folge gelockerter Konsumentenkreditbedingungen beträchtlich, und gleichzeitig näherte sich der in den Vorquartalen kräftige Lagerabbau seinem Ende. Allerdings wurden die Anlageinvestitionen der Unternehmen von dem Aufwärtssog noch nicht nennenswert erfaßt; nur die Wohnungsbauinvestitionen erhöhten sich erheblich.

Die Bewährungsprobe, daß mit dem bisher verfolgten wirtschaftspolitischen Kurs ein anhaltender, schließlich von den Investitionen getragener Wirtschaftsaufschwung in Gang gesetzt worden ist, steht noch aus. Es fehlt nicht an Kritik, die von der Wirtschaftspolitik geschaffenen Bedingungen (hohes Staatsdefizit, zu starke Geldmengenausweitung)

seien einem dauerhaften Wirtschaftswachstum abträglich. Einmal werde das Zinsniveau durch das hohe Staatsdefizit zu hoch gehalten und zum anderen werde mit der starken Geldmengenausweitung bereits wieder Inflationspotential geschaffen. Die amerikanische Regierung kann zur Abwehr dieser Kritik auf die negativen Erfahrungen verweisen, die in anderen Ländern mit einer zurückhaltenden Wirtschaftspolitik gemacht werden und schwerlich Vorbild für die USA sein können. Würde dem Rat der Kritiker gefolgt und sowohl die Haushaltskonsolidierung zügig vorangetrieben als auch die Geldmengenausweitung abrupt in den Zielkorridor zurückgeführt, so würde dies die Konjunkturbelebung abwürgen. Bis heute sind die Kritiker eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie es ohne die tatsächlich verfolgte Wirtschaftspolitik zu einem konjunkturellen Start hätte kommen kön-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN			IMPORTS UND DIENSTEN		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-1.2	-2.2	0.5	1.6	-1.1	-0.5	-4.2	-5.4	2.5	8.7	3.7	-1	1.4	0.8	0
FRANKREICH	2.2	3.5	-0.5	2.3	1.7	0.5	-1.9	-0.4	-2.5	5.1	-3.7	2	1.0	4.8	-1
GROSSBRITANNIEN	0.4	1.1	2	0.0	1.2	1	-8.5	5.2	2.5	-2.3	0.7	1.5	-0.6	5.0	4
ITALIEN	0.5	0.3	0	3.0	1.8	1.5	0.7	-5.3	-3.5	5.2	1.2	-0.5	-5.3	2.1	-1
NIEDERLANDE	-2.6	-1.7	-1.5	1.3	0.0	2	-10.8	-3.3	0	0.9	-0.7	0	-7.4	1.2	-0.5
BELGIEN	-1.4	-1.4	-1.5	0.6	-0.9	-0.5	-15.7	-2.8	-1.5	7.4	2.4	2.5	4.1	0.3	0
DAENEMARK	-1.1	2.6	1	3.0	3.4	1	-16.3	3.7	-1	5.3	2.0	2	-2.1	5.0	1
IRLAND	-0.4	-6.0	-3	-0.1	2.8	0	7.5	-7.5	-8	1.6	5.0	4.5	1.7	-3.5	-2
1)															
EG	0.2	0.4	0.5	1.5	0.6	0.5	-4.5	-2.0	0	4.4	1.0	0.5	-0.6	2.4	0.5
EG OHNE BRD	0.6	1.4	0	1.5	1.4	1	-4.7	-0.4	-1.5	2.7	-0.1	1.5	-1.3	3.1	0.5
SCHWEDEN	-0.6	1.3	-2	2.1	1.2	1.5	-4.5	-2.5	1	1.3	3.8	4.5	-4.3	4.9	1
SCHWEIZ	0.5	-0.5	0	0.5	1.9	3	3.0	-4.1	-1	6.8	-2.8	-1.5	-0.2	-1.2	0
OESTERREICH	0.5	1.1	1.5	1.8	2.0	2	-1.7	-5.4	-0.5	6.5	3.2	0	0.2	-2.3	0.5
NORWEGEN	1.3	1.3	1.0	5.2	1.0	3.5	15.1	-8.4	5	0.2	-2.6	0	1.9	5.9	3
EUROPAEISCHE 1)															
INDUSTRIELAENDER	0.2	0.5	0	1.6	0.7	0.5	-3.6	-2.4	0	4.3	0.9	0.5	-0.6	2.3	0.5
EUROPAEISCHE 1)															
INDUSTRIEL.O.BRD	0.6	1.3	0	1.6	1.4	1	-3.4	-1.3	-1	2.9	-0.0	1	-1.3	2.8	0.5
USA	2.7	1.4	3.5	2.2	3.0	1	1.1	-7.2	3.5	0.4	-7.8	-4	7.3	1.5	4
KANADA	1.2	-2.1	1	1.2	0.5	2.5	8.5	-11.7	-2.5	3.8	-1.6	2	3.3	-11.3	2
JAPAN	0.6	4.2	3.5	4.6	3.5	2	4.0	1.0	1.5	15.9	3.2	4.5	5.6	3.1	2
AUSSEREUROP. 1)															
INDUSTRIELAENDER	2.1	1.9	3.5	2.5	2.9	1.5	2.7	-4.1	2.5	5.4	-3.7	-0.5	6.2	0.1	3
1)															
INSGESAMT	1.4	1.3	2	2.1	2.0	1	0.2	-3.4	1.5	4.8	-1.0	0	2.1	1.4	1.5
1)															
INSGESAMT O.BRD	1.6	1.7	2.5	2.2	2.4	1	0.8	-3.2	1.5	4.1	-1.8	0.5	2.3	1.5	2

1)GEWICHTE 1981 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

nen, der Voraussetzung einer längerfristigen Aufwärtsentwicklung ist.

Nachdem dieser Start in den USA gelungen ist, besteht allerdings für die amerikanische Regierung die Aufgabe, den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel etwas vorsichtiger zu dosieren, damit eine inflationäre Überhitzung vermieden wird. Häufig werden freilich die inflationären Gefahren in der gegenwärtigen Situation, in der die Ressourcen unterausgelastet sind, überschätzt. Zu Überhitzungen könnte es nur kommen, wenn die Regierung bedenkenlos vorgeht. Viel höher ist dagegen die Gefahr einzuschätzen, daß aus übertriebener Inflationsfurcht der wirtschaftspolitische Rahmen nun wieder zu sehr verengt und dadurch der zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendige Investitionsaufschwung verhindert wird. So kam der bis zum Frühjahr beachtliche Zinsrückgang zum Stillstand, als allgemein erwartet wurde, der Federal Reserve Board würde das Überschießen der Geldmengenausweitung über den Zielkorridor nicht mehr lange dulden. Als der Board dann begann, die Geldmen-

genzunahme mehr mit seinen Zielvorstellungen in Einklang zu bringen, hatte das sogar wieder leichte Zinssteigerungen zur Folge.

Der angesichts der Inflationsverlangsamung nach wie vor hohe Zinssatz ist aber ein Faktor, der die Investitionsentscheidungen negativ beeinflußt, auch wenn in letzter Zeit die Gewinne bei stark steigender Arbeitsproduktivität erheblich zugenommen haben und deshalb die Zinshöhe weniger abschreckend wirkt. In der Öffentlichkeit wird nun immer wieder das Argument vorgebracht, solange das staatliche Haushaltsdefizit hoch bleibe, wären nicht weitere Zinssenkungen, sondern eher erneute Zinssteigerungen wahrscheinlich. Zum hohen Kreditbedarf des Staates trete im Konjunkturaufschwung der wachsende Kreditbedarf der privaten Wirtschaft. Dabei wird aber nicht bedacht, daß sich im Aufschwung die Einnahmen-Ausgaben-Salden der einzelnen Bereiche verschieben und einem zunehmenden Kreditbedarf eines Sektors ein fallender in anderen Bereichen gegenübersteht. So würde das Staatsdefizit bei anhaltendem Auf-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN					
	UNSELBSTAENDIGER ARBEIT																	
	IN LANDESWAERHUNG												IN SZR					
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-1.2	6.2	10	4.7	2.3	1.5	-0.9	7.5	8.5	5.1	3.5	0.5	-6.7	3.0				
FRANKREICH	7.3	13.9	9	13.6	13.5	9.5	7.1	12.0	9.5	13.4	11.6	10	-2.7	-1.4				
GROSSBRITANNIEN	8.0	18.3	10	8.4	6.2	6	9.5	17.1	8	9.9	5.1	4	5.8	-3.1				
ITALIEN	8.5	15.1	20	21.8	16.8	14.5	8.4	15.5	20.5	21.6	17.3	15	1.1	5.3				
NIEDERLANDE	8.8	5.6	4.5	2.0	4.0	1.5	10.1	7.2	4.5	3.2	5.6	1.5	-9.2	5.4				
BELGIEN	-1.5	13.3	15.5	4.8	5.0	4.5	0.4	13.3	15.5	6.8	5.0	4.5	-7.2	-8.9				
DAENEMARK	12.9	16.5	14	8.2	11.0	8	13.2	13.1	12.5	8.5	7.8	7	-5.2	-1.6				
IRLAND	13.2	29.8	13.5	16.7	16.5	11	12.0	27.9	13.5	15.4	14.8	11	0.1	8.0				
3)																		
EG	5.1	12.1	11.5	10.0	8.3	6.5	5.2	11.7	10.5	9.5	7.5	5.5	-3.2	0.7				
3)																		
EG OHNE BRD	7.7	14.5	12	12.1	10.7	8.5	7.9	13.6	11	11.4	9.2	7.5	-1.7	-0.3				
SCHWEDEN	0.2	16.1	16.5	9.6	8.0	9	0.9	16.3	14.5	10.4	8.1	7.5	1.8	-6.9				
SCHWEIZ	12.1	1.8	5.5	8.5	5.5	4	9.1	3.9	6	5.6	7.7	4.5	-0.6	11.3				
OESTERREICH	-2.1	18.8	4.5	8.3	4.5	4	-2.0	17.5	3.5	8.4	3.4	3	-2.8	3.1				
NORWEGEN	20.4	8.5	7.5	13.2	11.4	9	20.1	9.2	7	12.9	12.1	8.5	7.2	6.5				
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	5.6	11.8	11	10.0	8.2	6.5	5.4	11.7	10	9.5	7.5	5.5	-2.6	1.0				
3)																		
EUROPAEISCHE INDUSTRIEL.O.BRD	7.8	13.7	11.5	11.7	10.1	8	7.7	13.2	10.5	11.0	9.0	7	-1.2	0.3				
USA	16.8	-3.2	5.5	10.6	5.5	7	13.8	-1.3	2.5	7.8	7.5	4	19.0	14.8				
KANADA	2.9	-7.1	17.5	18.3	7.5	6	-1.4	-2.8	15.5	13.4	12.5	4	22.1	16.8				
JAPAN	-1.9	3.9	1	8.5	6.5	6.5	-5.6	0.9	-2	4.5	3.4	3.5	18.6	-2.2				
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	10.3	-1.3	5	10.6	5.9	7	4.9	-0.8	3.5	7.7	7.0	3.5	19.4	9.5				
3)																		
INSGESAMT	8.5	3.5	7.5	10.3	6.7	6.5	5.2	6.9	7.5	8.8	7.3	5	5.9	4.3				
3)																		
INSGESAMT O.BRD	9.5	3.3	7	10.9	7.2	7	6.4	6.7	7.5	9.5	8.1	5.5	8.3	4.6				

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.- 2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3)GEWICHTET MIT 1981ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

schwung konjunkturbedingt geringer werden, und das Finanzierungsdefizit der privaten Unternehmen brauchte nicht stark zu steigen, sofern die Gewinnentwicklung eine relativ hohe Selbstfinanzierung erlaubte.

Würde die Geldpolitik auch weiterhin genügend expansiv gestaltet, ohne dabei soweit zu gehen, daß erneute Inflationsfurcht geweckt wird, so wären sogar wieder Zinssenkungen möglich. Die Geldpolitik würde dann Spielraum für einen zunächst noch kräftigen, auch die Anlageinvestitionen erfassenden Wirtschaftsaufschwung schaffen, ohne den nach der langen Phase konjunktureller Schwäche ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit nicht möglich wäre.

Mit einem weiteren durch die Geldpolitik herbeigeführten Zinsrückgang würden auch die Voraussetzungen für eine angemessene Bewertung des Dollars geschaffen. Bei dem jetzigen hohen Dollarkurs hat das amerikanische Leistungsbilanzdefizit stark zugenommen. Zwar ist die Zunahme auch darauf zurückzuführen,

daß die USA gegenwärtig konjunktureller Vorreiter sind. Ohne die Benachteiligung durch die jetzige Kursrelation wäre jedoch der Passivsaldo der Leistungsbilanz erheblich geringer.

Da aber eher damit zu rechnen ist, daß der Federal Reserve Board künftig eine sehr vorsichtige Geldpolitik betreibt, werden im günstigsten Fall die Zinsen nicht steigen. Die Investitionszunahme, die im weiteren Konjunkturverlauf zu erwarten ist, wird daher kaum stürmisch sein. Dann unterbleibt nicht nur die Nachfrageausweitung, die notwendig ist, damit der rasche Wirtschaftsaufschwung zunächst in Gang gehalten wird. Es kommt auch nicht zu der Angebotsausdehnung, die verhindert, daß eine kräftige Expansion immer mehr an Engpässe stößt und zu einer Inflationsbeschleunigung führt, bevor die Arbeitslosigkeit ausreichend abgebaut worden ist. Das hat wiederum Auswirkungen auf den künftigen geldpolitischen Kurs. Die Geldmengenzunahme, die ohne Furcht vor Inflationsbeschleunigung zugelassen wer-

den könnte, dürfte dann auch auf längere Sicht nur relativ schwach sein.

In *Japan* wird die Konjunkturentwicklung weniger als in den USA durch die Wirtschaftspolitik gestützt. Gegenwärtig wird vor allem die Hoffnung gehegt, daß im Zuge des Konjunkturaufschwungs in den USA die japanischen Exporte kräftig steigen und von hier aus Impulse auf die japanische Wirtschaft ausgehen, die zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum führen. Diese Hoffnung wird durch die jüngste Exportentwicklung genährt.

Es entspricht jedoch nicht der weltwirtschaftlichen Bedeutung Japans, wenn es sich in erster Linie auf von außen kommende Impulse verläßt und nicht durch eine konjunkturanregende Politik dazu beiträgt, daß die Inlandsnachfrage gestützt wird und somit von Japan selbst Anstöße für eine kräftigere Expansion der Weltwirtschaft ausgehen. Die japanische Regierung räumt jedoch im Vertrauen auf die Ausstrahlungen des Konjunkturauftriebs in den USA dem Ziel der Haushaltskonsolidierung weiterhin Priorität ein. Auch die Notenbank sieht ihren geldpolitischen Handlungsspielraum eingeengt, da sie aus Furcht vor handelspolitischen Gegenmaßnahmen eine erneute, den Export weiter begünstigende Yen-Abwertung vermeiden will, die mit einer Abkopplung vom geldpolitischen Kurs in den USA einherginge.

Sollte sich aber die Erwartung eines exportgestützten Konjunkturaufschwungs nicht erfüllen, so wäre damit zu rechnen, daß die Regierung ihre gegenwärtige Position revidiert. Schon jetzt steht eine Einkommensteuersenkung zur Diskussion, mit der die private Nachfrage angeregt werden könnte. Auch ist eine wieder stärkere Zunahme der öffentlichen Ausgaben wahrscheinlich, wenn eine erneute Konjunkturverlangsamung droht. Er ist deshalb zu erwarten, daß das gegenwärtige Tempo der wirtschaftlichen Expansion zumindest beibehalten wird. Dabei wird sich die Tendenz einer starken Erhöhung des japanischen Leistungsbilanzüberschusses fortsetzen.

In *Großbritannien* hatten sich die Hoffnungen ebenfalls darauf gerichtet, daß — nach einer fühlbaren Pfund-Abwertung — die Ausfuhr erheblich zunehmen und dies auf die inländische Entwicklung ausstrahlen würde. Anders als in Japan, wo nun wieder ein Exporterfolg erzielt worden ist, sind diese Erwartungen in Großbritannien enttäuscht worden. Die Exporte lagen hier in den letzten Monaten real sogar unter dem Vorjahresniveau. Wenn sich gleichwohl das Sozialproduktswachstum beschleunigt hat und in diesem Jahr stärker als in anderen westeuropäischen Ländern sein wird, so sind hierfür vor allem die verstärkte Zunahme des privaten Verbrauchs sowie ein Umschwung im Lagerzyklus verantwortlich. Zur Verbrauchssteigerung kam es, weil bei erheblich verlang-

samtem Preisauftrieb die Realeinkommen wieder zunahmen und sich gleichzeitig die Sparneigung weiter verminderte.

Damit ist jedoch noch kein festes Fundament für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung gelegt. Eine nochmalige Verringerung der Sparquote — diese liegt bereits unter dem langjährigen Durchschnitt — ist wenig wahrscheinlich. Ein weiterer Anstieg der Realeinkommen pro Kopf ist bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage ebenfalls unwahrscheinlich. Mit einer Verbrauchszunahme im bisherigen Tempo ist deshalb nur dann zu rechnen, wenn die Konjunktur auf breiter Front voranschreitend, d.h. alle Sozialproduktskomponenten erfassend, wieder zu einer Zunahme der bislang noch sinkenden Beschäftigtenzahl führen würde. Damit scheinen aber auch die britischen Unternehmen nicht zu rechnen; denn ihre Investitionsneigung, die vorübergehend größer geworden war, hat sich nun wieder verringert.

Die Unternehmen sind somit nicht bereit, die Rolle eines Wachstumsvorreiters zu spielen und mit steigenden Investitionen einen sich selbst tragenden Aufschwung in Gang zu setzen. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik erkennt offensichtlich, welche Bedeutung die Nachfrageerwartungen für die unternehmerischen Entscheidungen haben. Auf diese Erwartungen wirkt sich eine zurückhaltende, primär Haushaltskonsolidierung anstrebende Ausgabenpolitik des Staates keineswegs positiv, sondern eher negativ aus. Es dürfte daher kein Zufall sein, daß die Konjunkturbelebungsmaßnahmen einsetzten, als sowohl die staatlichen Investitionen als auch der staatliche Verbrauch wieder zu steigen begannen, und daß sich die Konjunkturaussichten verschlechtert haben, nachdem die Regierung durch Kürzung ihrer Ausgabenpläne zu erkennen gegeben hatte, daß sie nicht gewillt ist, diese Ausgabensteigerungen längere Zeit fortzusetzen.

In *Frankreich* hat die Wirtschaftstätigkeit in den letzten Monaten stagniert. Hierauf wirkte vor allem das im Frühjahr beschlossene Konsolidierungsprogramm zur Abschöpfung der Binnennachfrage hin. Es hat dazu geführt, daß der Absatz von Konsumgütern nicht mehr steigt. Das Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz ist wegen der damit verbundenen Senkung der realen Importe in den letzten Monaten deutlich gesunken. Auch auf den Preisauftrieb haben die Maßnahmen dämpfend gewirkt.

Die Wirtschaftspolitik scheint somit zwar den wichtigen Zielen einer Reduzierung des Außenhandelsdefizits innerhalb eines Jahres auf etwa die Hälfte und einer Rückführung des Preisanstiegs auf 8 vH bis zum Jahresende näherzukommen. Andererseits stellt sie aber die bisherigen Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik in Frage, weil in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit einem Wirtschaftsrückgang zu rechnen ist.

Mit einem „policy mix“ versuchen daher Regierung und Zentralbank, negative beschäftigungspolitische Wirkungen möglichst gering zu halten. Der „policy mix“ bedeutet allerdings nicht eine Aufgabenteilung zwischen Finanz- und Geldpolitik, sondern betrifft verschiedene Aktivitäten in beiden Bereichen.

In der Finanzpolitik wird das Haushaltsdefizit dadurch gemindert, daß mit der inzwischen in Kraft getretenen Sonderabgabe in Höhe von 1 vH des steuerpflichtigen Einkommens, mit einer Zwangsanleihe und anderen Maßnahmen zusätzliche Einnahmen erschlossen wurden. Auf der Ausgabenseite wird im konsumtiven Bereich gekürzt, während Ausgaben zur Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und insbesondere der Investitionen in den nationalisierten Wirtschaftsbereichen noch ausgeweitet werden. Da eine grundlegende Verbesserung der Wettbewerbsposition der französischen Wirtschaft ohne Einbeziehung der privaten Unternehmen aber nicht denkbar ist, werden auch diesen Steuerhilfen und verbilligte Kredite gewährt. Indes verzögert die Stagnation der privaten Verbrauchsnachfrage eine Erholung der Investitionen sowohl in den privaten als auch in den nationalisierten Industrien. Nur wenn es zu einer Umlenkung von Teilen der Inlandsnachfrage vom ausländischen zum inländischen Güterangebot als Folge der wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen kommt und die Exporte wegen der leicht verbesserten französischen Wettbewerbsposition zunehmen, wird sich die Investitionstätigkeit allmählich wieder beleben.

Die per Saldo restriktive Finanzpolitik wird von einer Geldpolitik begleitet, die den monetären Rahmen behutsam zu verringern sucht. Gelingt es nicht, den Preisanstieg an die Entwicklung in den wichtigsten Partnerländern heranzuführen, so drohen die mit der letzten Abwertung gewonnenen Wettbewerbsvorteile wieder verloren zu gehen. Die zuletzt auf unter 9 vH zurückgeführte Expansion der Geldmenge wird den konjunkturellen und stabilitätspolitischen Erfordernissen weitgehend gerecht. Eine geringere Ausweitung der Geldmenge könnte die Rezession verstärken, ihre stärkere Ausweitung eine Dämpfung des Preisanstiegs verhindern. Die Zentralbank hat dabei in der letzten Zeit versucht, das Zinsniveau trotz des von der Dollaraufwertung auch auf den Franc ausgehenden Drucks stabil zu halten. Insbesondere für den Bausektor werden weiter günstige Kreditkonditionen gewährt. Sonderbedingungen gelten auch für Exportkredite und die Finanzierung bestimmter Investitionen.

Insgesamt wird die Wirtschaftspolitik des „policy mix“ einen Rückgang des Bruttosozialprodukts und damit Rückschläge am Arbeitsmarkt — vor allem im kommenden Winterhalbjahr — nicht verhindern können. Als eines der wenigen westlichen Industrieländer

hatte Frankreich in den letzten Jahren das Niveau der Arbeitslosigkeit trotz kräftiger Zunahme der Erwerbsbevölkerung „stabilisieren“ können. Ein Teil der Maßnahmen, die in den letzten beiden Jahren ergriffen wurden (Berufsbildungsmaßnahmen, Schaffung von Stellen im öffentlichen Dienst, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), wird nicht ohne weiteres intensiviert werden können, u.a. weil die Regierung die angestrebte Haushaltskonsolidierung dadurch gefährdet sieht. Die erhebliche Zahl von erstmalig Arbeitsuchenden, die für den Herbst zu erwarten ist, wird sich daher auch in höheren Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Die Gewerkschaften scheinen in dieser Situation zu lohnpolitischen Zugeständnissen bereit zu sein.

In *Italien* blieb die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entgegen den Prognosen vieler nationaler und internationaler Institutionen zumindest bis zur Jahresmitte rezessiv. Die Industrieproduktion lag im ersten Halbjahr unter dem Niveau in der entsprechenden Vorjahreszeit. Zur anhaltenden Konjunkturfalte trugen neben der schwachen Binnennachfrage vor allem die rückläufigen Importe der OPEC-Länder bei. Während der Preisanstieg — doppelt so hoch wie im Durchschnitt der anderen Industrieländer — nur wenig gedämpft werden konnte, nahm die Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten weiter zu.

Die italienische Wirtschaftspolitik steht dabei vor einem Dilemma, das nur schwer zu lösen ist. Um die hohe Inflationsrate zu dämpfen, ohne die Beschäftigungslage rapide zu verschlechtern, wären energische strukturelle und institutionelle Reformen sowie ein verbesserter einkommenspolitischer Konsens erforderlich. Die vor kurzem neu gebildete Regierung ist allerdings zu schwach, die notwendigen Reformen durchzuführen, zumal bei den letzten Wahlen gerade diejenigen Parteien Stimmen verloren, die versprochen hatten, entsprechende Reformen in Angriff zu nehmen. Kurzfristig werden in dieser Situation zwar die öffentlichen Ausgaben weniger gekürzt werden als zu Jahresbeginn vorgesehen, so daß sich keine zusätzliche Beeinträchtigung der Binnennachfrage ergibt. Jedoch werden gleichzeitig die längst überfällige Umstrukturierung der Ausgaben zugunsten von Investitionen und der Abbau von Subventionen im oft unrentablen öffentlichen Unternehmensbereich wieder einmal verschoben.

Sind von Regierungsseite somit gegenwärtig kaum durchgreifende neue Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit zu erwarten, so bleiben hierfür im wesentlichen die Aktionen der Tarifparteien und der Zentralbank. Der zu Beginn des Jahres in Kraft getretene soziale Kontrakt zwischen Tarifparteien und Staat über eine Entschärfung der „Scala mobile“ ist erneut in die Diskussion geraten. Die Gewerkschaften wollen das Ziel dieses Kontraktes, die

realen Lohnsteigerungen zunächst zu stoppen, nur akzeptieren, wenn es auch zu Vereinbarungen über andere strittige Fragen — Arbeitszeitverkürzungen, Beschäftigungspolitik, öffentliche Tarife u.a.m. — kommt. Hiermit ist aber kurzfristig nicht zu rechnen.

In dieser Situation bekommt die wirtschaftspolitische Rolle der Zentralbank immer größere Bedeutung. Im Zuge der weltweiten monetären Lockerung hatte auch die italienische Zentralbank seit Mitte letzten Jahres zunächst eine kräftige Ausweitung der Geldmenge zugelassen. Bei schnell steigenden öffentlichen Defiziten hätte sie anderenfalls eine noch kräftigere Rezession provoziert. Dennoch wurde wegen der anhaltenden Inflation — zu der bei der besonders großen Abhängigkeit Italiens von den Erdöleinfuhren auch der stark steigende Dollarkurs beiträgt — der geldpolitische Kurs im ersten Halbjahr 1983 wieder etwas verschärft. Fehlt aber eine Ergänzung durch entsprechende einkommenspolitische Maßnahmen, so wird die Notenbank auf Dauer nicht der Aufgabe gerecht werden können, die Inflation einzudämmen, ohne die Konjunktur erneut abzuwürgen. Verschiedene Indikatoren haben in jüngster Zeit eine zaghafte konjunkturelle Erholung angedeutet.

Nach Umfragen werden von den Unternehmen die gesamtwirtschaftlichen Aussichten besser als vor ei-

nem halben Jahr beurteilt. Das Defizit in der Leistungsbilanz verringert sich allmählich. In der zweiten Hälfte dieses Jahres könnte der Export aus der konjunkturellen Belebung in einigen Industrieländern neue Impulse erhalten. Da die Binnennachfrage jedoch weiter stagniert, wird sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit fortsetzen.

Für den Durchschnitt der *kleineren westeuropäischen Länder* ergibt sich im Verlauf dieses Jahres eine leichte wirtschaftliche Belebung. Die wichtigste Ausnahme bildet Dänemark, wo sich das Wirtschaftswachstum 1983 vor allem infolge der Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten deutlich verlangsamt. Die Benelux-Länder folgen in ihrer konjunkturellen Entwicklung mit einer gewissen Verzögerung der Wirtschaftsbelebung in der Bundesrepublik Deutschland. Am deutlichsten ist die Konjunkturbelebung in Schweden. Die wiederholten Abwertungen der Krone haben die Ausfuhr stark stimuliert. Die daraus resultierenden Ertragsverbesserungen in den Exportindustrien und umfangreiche wohnungspolitische Förderprogramme strahlen auf die Investitionstätigkeit insgesamt aus. Gefährdet wird diese Entwicklung, wenn sich der gegenwärtige Rückgang des privaten Verbrauchs weiter fortsetzt; immerhin ist die Inflationsrate noch höher als die Zunahme der verfügbaren Einkommen.

Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der Erholung

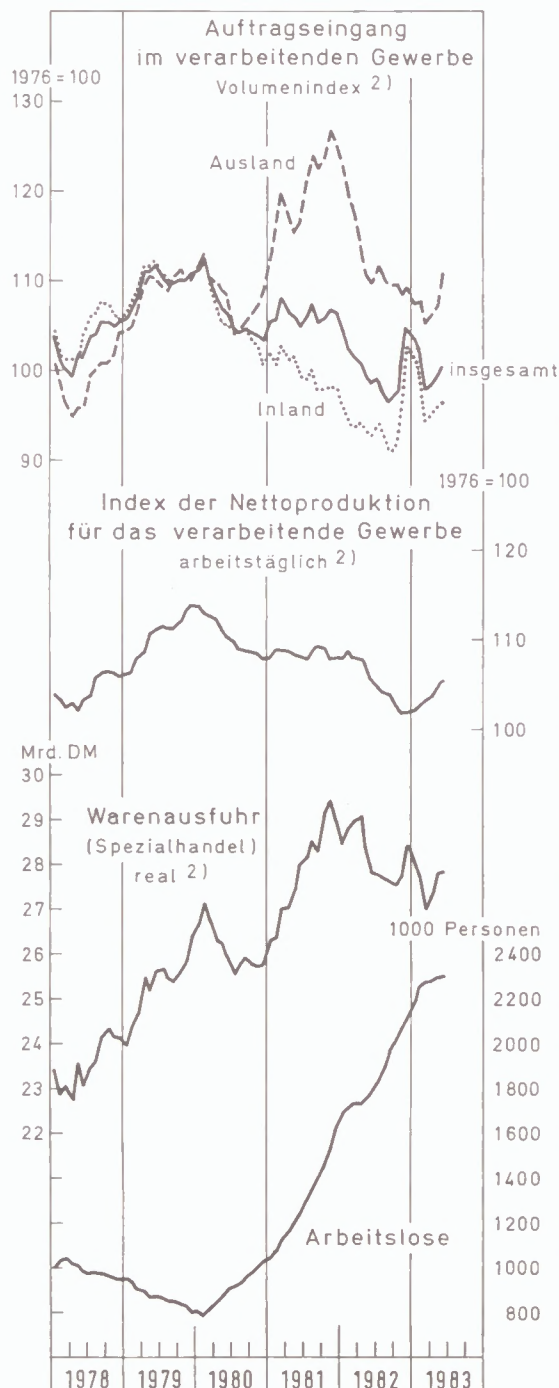
In der Bundesrepublik Deutschland ist die konjunkturelle Entwicklung im Verlauf des ersten Halbjahres 1983 etwas günstiger ausgefallen, als zu Jahresbeginn erwartet worden war. Entscheidend waren zwei, allerdings eng zusammenhängende Faktoren: Erstens setzte die Aufwärtstendenz der Produktion früher ein als angenommen; zweitens brachte der private Verbrauch — entgegen allen Erwartungen — spürbare Impulse für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dieser günstigen Entwicklung der Verbrauchernachfrage und der durch die Investitionszulage stimulierten Expansion der realen Ausrüstungsinvestitionen ist zuzuschreiben, daß das reale Brutto-sozialprodukt im zweiten Viertel dieses Jahres das Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode leicht — nach den neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,7 vH — überschritten hat. Nimmt man die hohen Niveauverluste im zweiten Halbjahr 1982 ins Bild, die erst wettgemacht werden mußten, bevor sich im Vorjahresvergleich eine positive Tendenz ergeben konnte, so ist dies als beachtlicher Terraingewinn zu werten. Er wiegt um so schwerer, als der Warenexport weiterhin eher bremsend auf die Entfaltung einer umfassenden konjunkturellen Erholung einwirkte und von der Entwicklung der direk-

ten staatlichen Nachfrage, insbesondere vom öffentlichen Verbrauch, anhaltend restriktive Einflüsse ausgegangen sind.

Die relativ stetige Aufwärtstendenz der gesamtwirtschaftlichen Produktion darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie durch zum Teil sehr kurzfristige Einflüsse zustande kam: Die Expansion des privaten Verbrauchs ergab sich — bei einer eher ungünstigeren Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte — durch eine deutliche Verminderung der Sparquote, die zu einem Teil, besonders in den ersten Monaten dieses Jahres, auf niedrigere Zinsen zurückzuführen ist, die die Verschuldungsbereitschaft förderten und die Attraktivität von Geldanlagen minderten. Zum nicht geringeren Teil war es das Freiwerden von prämiengünstigten Spareinlagen, das dem privaten Verbrauch Auftrieb verlieh. Im Juni kam es zu vorgezogenen Käufen von hochwertigen Gebrauchsgütern mit dem Ziel, der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 auszuweichen. Die Kurzlebigkeit dieser Bestimmungsgründe für die Entwicklung des privaten Verbrauchs deutet darauf hin, daß für diesen, für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung so bedeutsamen Nachfragebereich

Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

saisonbereinigte Monatswerte 1)



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.—

2) Gleitender Durchschnitt aus jeweils 3 Monatswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 83

im weiteren Jahresverlauf eine deutlich langsamere Gangart zu erwarten ist, zumal sich der Spielraum, der sich vom verfügbaren Einkommen her abzeichnet, nicht vergrößern wird.

In den Jahren 1981 und 1982 hat sich gezeigt, wie stark die Stimmung der Unternehmer und deren Dispositionsbereitschaft durch die Entwicklung der Verbrauchernachfrage beeinflusst wird. Eine Abschwächung der Verbrauchskonjunktur könnte damit grundsätzlich auch auf die übrigen inländischen Nachfragekomponenten dämpfend wirken. Für die nächsten Monate ist diese Gefahr jedoch nicht allzu groß. Denn die mögliche Abschwächung der Verbrauchsexpansion hat Gegengewichte. Die Ausrüstungsinvestitionen werden weiter, wenn auch schwächer als im Verlauf des ersten Halbjahres, expandieren. Bei den realen Bauinvestitionen haben sich die erwarteten expansiven Tendenzen während des zweiten Vierteljahres eingestellt. Saisonbereinigt fiel die Zunahme gegenüber dem Vorquartal — nach neuesten Berechnungen etwa ein Prozent — noch sehr zaghaft aus. Für das zweite Halbjahr ist nun aber eine deutliche Beschleunigung zu erwarten. Insbesondere wird sich der nennenswert gestiegene Auftragsbestand bei Wohnbauten nun vermehrt in Produktion umsetzen. Die anhaltend restriktive Investitionspolitik des Staates begrenzt allerdings für die realen Bauinvestitionen insgesamt die vom Wohnungsbau und — mit geringerer Intensität — vom Wirtschaftsbau ausgelösten Beschleunigungstendenzen¹.

Entwicklung kurzfristiger Indikatoren

Bei der Entwicklung der ausländischen Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes scheint sich ein Beitrag zur konjunkturellen Erholung anzubahnen. Das Bestellvolumen aus dem Ausland hatte offenbar im April ein Minimum erreicht; seitdem ist es Monat für Monat leicht gestiegen und hat im Juli nach den neuesten statistischen Informationen sogar einen deutlichen Sprung nach oben gemacht. Von diesem haben nicht nur die schon bisher relativ begünstigten Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, Grundstoffe und Produktionsgüter sowie Verbrauchsgüter, profitiert, sondern erstmalig seit langem auch der Investitionsgütersektor. Zwar soll man generell kurzfristige Tendenzen statistischer Indikatoren nicht überbewerten, zumal von den meisten westeuropäischen Ländern keine Impulse zu erwarten sind. Eine gewisse Aufwärtstendenz der Auslandsnachfrage ist gleichwohl plausibel: Insbesondere die hohe wechselkursbedingte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

¹ Vgl. hierzu die ausführlichen Begründungen in: Bauwirtschaft: Weiter Süd-Nord-Gefälle. Bearbeiter: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/1983.

Wirtschaft im Dollarraum zusammen mit dem Konjunkturanstieg in den USA sprechen für eine expansive Entwicklung des Exports in die USA selbst, aber auch in einige andere Länder, die durch die US-Konjunktur angeregt werden. Hinzu kommt, daß sich die verminderte Importfähigkeit der Entwicklungsländer (ohne OPEC), unter der diese aufgrund ihrer internationalen Zahlungsprobleme leiden, seit Mitte vergangenen Jahres in der Ausfuhr der Bundesrepublik in diese Ländergruppe nicht mehr bemerkbar macht. Die Ausfuhr in diese Länder ist seitdem sogar leicht gestiegen.

Die inländische Nachfrage hat zuletzt, zum großen Teil wohl wegen der vorgezogenen Käufe privater Haushalte vor der Mehrwertsteuererhöhung, deutlich nachgegeben. Dies dürfte vor allem Kraftfahrzeuge betroffen haben. Ganz ohne Zweifel ist aber die Scherenbewegung des Auftragseinganges aus dem Inland und dem Ausland im Juli überzeichnet. Insbesondere dürfte die inländische Nachfrage in der Tendenz weiter nach oben gerichtet sein und auch bleiben.

Daß insgesamt die von dem Anstieg der Bestellungen ausgehenden Anregungen auf die Produktion erfreulich sind, zeigt sich im Verlauf der Nettoproduktion des verarbeitenden Gewerbes: Im Durchschnitt der Monate Juni/Juli war das Produktionsniveau um 6 vH höher als an dem in der Rezession erreichten Tiefpunkt Ende vergangenen Jahres. Noch kräftiger war aufgrund der Entwicklung in den drei letzten Monaten der Anstieg der Produktion des Bauhauptgewerbes; gegenüber dem Niveau am Ende vergangenen Jahres hat er über 10 vH betragen.

Am Arbeitsmarkt sind die Verbesserungen im Produktionsverlauf nicht vorübergegangen, obwohl der Rückgang der Beschäftigtenzahl noch nicht zu Ende gekommen ist. Im verarbeitenden Gewerbe hat er sich, wenn auch spürbar verlangsamt, bis zuletzt fortgesetzt; im Bauhauptgewerbe ist dagegen in den Sommermonaten die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt erhöht worden. Dies hat zwar entlastend auf den Arbeitsmarkt gewirkt, erklärt aber nicht allein, daß der Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen zur Jahresmitte faktisch zum Stillstand kam. Die August-Zahl ist nach den Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit saisonbereinigt nur noch um 8 000 Personen höher als im Juli gewesen. Allerdings spielen in den Sommermonaten unterschiedliche Ferientermine bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahl eine erhebliche Rolle, so daß sich erst in den nächsten Monaten zeigen wird, welche Richtung die Arbeitslosenzahl einschlägt. Ohne Zweifel ist indes der Verlauf seit dem Frühjahr wesentlich weniger beunruhigend, als er es zuvor drei Jahre lang gewesen war. Die deutliche relative Verbesserung kann auch Gründe haben, die nicht bei der Nachfrage nach Arbeitskräften lie-

gen, sondern beim Angebot. Wahrscheinlich hat die Umkehrung des Wanderungssaldos ausländischer Arbeitskräfte — an die Stelle einer Nettozuwanderung ist im vorigen Jahr eine Nettoabwanderung getreten — eine Rolle gespielt. Gerade in dieser Begründung zeigt sich aber die Hoffnungslosigkeit der Lage am Arbeitsmarkt für viele Arbeitnehmer. Hervorzuheben ist jedoch auch der rasche Abbau der Kurzarbeit in den letzten Monaten von — nicht saisonbereinigt — etwa 1,2 Millionen im Januar auf nur noch 380 000 im August. Der in einigen Branchen und Unternehmen zu verzeichnende konjunkturelle Mehrbedarf an Arbeit ist erwartungsgemäß zunächst aus dieser sichtbaren Arbeitskräftereserve gedeckt worden.

Die leichte Erhöhung der Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch im August, die sich schon zuvor in den Meldungen einzelner Statistischer Landesämter angekündigt hatte, von 2,5 vH im Juli auf 3,0 vH, hat Befürchtungen geweckt, daß sich nun das Preisklima wieder verschlechtern könnte. Dabei wird aber übersehen, daß allein von der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze allgemein ein stärkerer Preisschub erwartet worden war, als er im Juli tatsächlich eingetreten ist. Offenbar gingen auch im August die Versuche weiter, diese erhöhte Kostensteuer an die Verbraucher weiterzugeben. Die damit verbundene Erhöhung der laufenden Rate kann aber nur vorübergehend sein; sie deutet keinesfalls auf eine weitere Beschleunigung der Preissteigerung hin. Hinzu kam der wechselkursbedingte Preisanstieg bei vielen Importgütern, insbesondere der Mineralölprodukte, der vermutlich ebenfalls nur vorübergehend sein wird.

Ausblick und wirtschaftspolitische Überlegungen

Stärker als bisher gestützt von den realen Bauinvestitionen sowie einem wieder anziehenden Warenexport wird sich die konjunkturelle Aufwärtstendenz im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Das reale Brutto-sozialprodukt dürfte dabei im Jahresdurchschnitt 1983 um rund 1 vH gegenüber Vorjahr zunehmen. Dieser Zuwachs ist größer, als noch vor wenigen Monaten vorausgesehen werden konnte². Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird im weiteren Jahresverlauf sehr viel verhaltener sein als bis zum Frühjahr dieses Jahres. Nach dem starken Abbau der Kurzarbeit kann zumindest für einzelne konjunkturell begünstigte Wirtschaftszweige angenommen werden, daß sie zusätzliche Einstellungen vornehmen und damit den Arbeitsmarkt entlasten. Wahrscheinlich wird die —

² Vgl. Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung 1983/84. Bundesrepublik Deutschland: Finanzpolitische Bremsen verhindern Aufschwung. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1983.

nicht saisonbereinigte — Zahl der Arbeitslosen im Dezember niedriger sein, als in früheren Vorausschätzungen unterstellt worden war und etwa 2,5 Millionen betragen. Die Preissteigerungsrate dürfte zu diesem Zeitpunkt wieder eine 2 vor dem Komma haben.

Die gegenüber der D-Mark besonders ausgeprägte Stärke des US-Dollars gibt vielerorts zu Besorgnis Anlaß. Die Dollarstärke kann zu einem großen Teil durch die hohen Zinsen in den USA erklärt werden, welche über die Bevorzugung des Dollars als Anlagengewährung zu Kapitalabflüssen führten und zu dem Wiederanstieg der Zinsen in der Bundesrepublik beigetragen haben. Gleichzeitig bedeutet eine Höherbewertung des Dollars die Verteuerung vieler Importgüter, insbesondere des Mineralöls, das in US-Dollar fakturiert wird. Mit einer weiteren Zinserhöhung in der Bundesrepublik könnte den Kapitalabflüssen und damit auch dem Anstieg des Dollarkurses zwar entgegengewirkt werden; man nähme aber in Kauf, daß die noch nicht stabilisierte konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik beeinträchtigt, wenn nicht sogar abgewürgt würde. Zudem werden die von der Erhöhung des Dollarkurses ausgehenden Preissteigerungen wohl überbewertet. Selbst ein nochmaliger kräftiger Kursgewinn des Dollars würde unter Berücksichtigung des Anteils der in Dollar fakturierten Einfuhrgüter und angesichts konstanter Lohnstückkosten nur wenig erhöhend auf die Inlandspreise wirken. Ein Grund zu drastischen Maßnahmen der Geldpolitik besteht von dieser Seite also nicht. Weitere Kapitalabflüsse können allerdings zu einer Erhöhung der Marktzinsen führen. Die psychologisch negative Wirkung auf die Konjunktur wäre aber vermutlich größer, wenn der Zinsanstieg durch eine Erhöhung der Leitzinsen der Bundesbank gefördert würde: Könnte von den Unternehmen und Verbrauchern ein marktbedingter Anstieg noch als vorübergehend eingestuft werden, so wird eine Erhöhung der Leitzinsen eher als Signal für einen längerfri-

stigen Anstieg des Zinsniveaus verstanden, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die unternehmerischen Erwartungen. Die jüngste Erhöhung des Lombardsatzes von 5% auf 5,5% muß als Kompromiß zwischen weit entgegengesetzten Positionen verstanden werden; in die konjunkturpolitische Landschaft paßt sie nicht.

Die Finanzpolitik liegt weiterhin auf Konsolidierungskurs. Die neue Bundesregierung hat diesen auf der Ausgabenseite durch Kürzungen, die über die Vorschläge der alten Regierung hinausgehen, sowie durch weitere Abgabenerhöhungen noch verschärft. Nach den Haushaltsplanungen sollen die Ausgaben des Bundes 1984 nur um 2 vH zunehmen; man erhofft dennoch einen Anstieg des Bruttosozialproduktes um 5,5 vH. Eine solche Konstellation der Wachstumsraten von Staatsausgaben und Gesamtwirtschaft läßt sich allenfalls in einem kräftigen, von den privaten Investitionen getragenen Aufschwung realisieren. Da dieser aber nicht in Sicht ist, muß befürchtet werden, daß eine derart schwache Expansion der Ausgaben das gesamtwirtschaftliche Wachstum abermals beeinträchtigen wird. Dies gilt insbesondere auch deshalb, als keinerlei Anzeichen dafür zu erkennen sind, daß die Investitionskraft der Gemeinden gestärkt werden soll. Die gesamtsstaatlichen Investitionen werden unter diesen Umständen das Wirtschaftswachstum nicht stimulieren, sondern behindern. Schon sind aus dem Regierungslager Stimmen zu hören, die mit der Vorgabe, endlich die erhoffte Wende — auch am Arbeitsmarkt — herbeiführen zu wollen, für eine noch stärkere Einschränkung der Haushaltsdefizite plädieren. Und dies, obwohl sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr die Einsicht durchsetzt, daß der von einer Konsolidierungspolitik ausgehende Nachfrageausfall stärker beachtet werden müsse als in der Vergangenheit, da „Überkonsolidierung“ nicht nur den konjunkturellen Aufschwung abrupt beenden, sondern auch die Konsolidierung selbst in Frage stellen könnte.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Zur Wirtschaftslage: *Westliche Industrieländer: Gespaltener Konjunkturverlauf.* Bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz.—
Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der Erholung. Bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —